Höhere Berufsbildung

Ohne Abitur in die Chefetage

Neben der Lehre und dem Studium setzt die CDU auf die Höhere Berufsbildung. Im Wahlkampf will die Partei für das Konzept werben.

Die CDU will das Bildungssystem reformieren. Künftig soll die „Höhere Berufsbildung“ neben der Dualen Ausbildung und dem Hochschulstudium „im Sinne einer Marke etabliert werden“. So steht es in einem Beschluss des Bundesfachausschusses Bildung, der dem Handelsblatt vorliegt. Der Plan soll ins Programm für die Bundestagswahl einfließen.

Der Vorstoß ist von der Sorge geprägt, dass sich immer mehr junge Menschen für ein Studium entscheiden und die betriebliche Ausbildung als unattraktiv empfinden, weil die Fortbildungen dort wenig bekannt sind. Bereits 2015 hatte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) daher eine „höhere gesellschaftliche Wertschätzung“ für die duale Ausbildung angemahnt. So werben der Zentralverband des Handwerks (ZDH) und der Industrie- und Handelskammertag seit langem für die duale Ausbildung. „Wir wollen in den Köpfen der Jugendlichen und ihrer Eltern verankern, dass es nach der Hochschulreife mit der beruflichen Bildung einen arbeitsmarktnahen und damit sicheren Karriereweg gibt“, sagte Michael Kretschmer, Vorsitzender des Ausschusses, dem Handelsblatt.

Die Höhere Berufsbildung zielt auf die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Vorbild ist die Schweiz, wo alle Bildungsangebote, außer der Hochschule, zusammengefasst werden. So sollen nach der beruflichen Ausbildung weitere Fortbildungen ohne ein Studium erfolgen, die am Ende dennoch die gleiche Karriere ermöglichen. In Deutschland gibt es die „Aufstiegsfortbildung“, die aber bei Schulanfängern wenig bekannt ist.

Für die Umsetzung wirbt die CDU für einen „nationalen Pakt für Berufsschulen“, mit dem mehr Geld in die Schulen fließen soll. Auch soll das Berufs-Abitur bundesweit ermöglicht werden und „Akademien der Höheren Berufsbildung“ entstehen. Die Qualitätsstandards soll der Bund festlegen. Durch Stipendien und mehr Mittel für das Meister-Bafög will die CDU zudem finanzielle Anreize für den neuen Bildungsweg setzen.

Lob kommt aus der Wirtschaft. Mit dem Konzept könne der Innovations- und Technologietransfer in die Betriebe „nachhaltig gestärkt werden“, sagte etwa ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke. Daniel Delhaes

Verlockende Uni

58

PROZENT

eines Geburtsjahrgangs beginnen mittlerweile ein Studium.

Quelle: Statistisches Bundesamt